

## **Vermerk über ein Gespräch mit Herrn Ludwig (HNA) Tel. 2031370**

Bezug: Artikel in der HNA vom 22. Dez. 2011

Auf seinen Artikel in der HNA vom 22. Dez. 2011 habe ich Herrn Ludwig angesprochen. In dem Artikel hat er Fragen aufgeworfen unter dem Titel: „Langes Feld, langer Konflikt“. Ich habe die Befürchtung geäußert, dass ein Klageverfahren mit ungewissem Ergebnis lange dauern kann zum Schaden beider Parteien, der SPD und der Grünen.

Die Vereinbarung zwischen Grünen und SPD ist bewusst oder aus Unkenntnis für beide eine Falle. Die Vereinbarung lautet:

- „Das öffentliche Verfahren zur Herbeiführung eines Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Langes Feld wird nicht vor dem 1.1.2012 fortgeführt, um der Kasseler Bürgerschaft Gelegenheit zu geben, von Beteiligungsrechten nach der HGO Gebrauch zu machen.
- Kommt kein zulässiges Bürgerbegehren zu Stande, wird sich die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei der Abstimmung über den Satzungsbeschluss enthalten.
- Wird ein Bürgerentscheid durchgeführt, werden sich die Partner an das Ergebnis des Bürgerentscheids gebunden fühlen und entsprechend bei der Entscheidung zum Satzungsbeschluss abstimmen.“

In der Vereinbarung ist auf ein Bürgerbegehren abgestellt. Das Bürgerbegehren scheint zustande zu kommen. Hiergegen juristische Schritte einzuleiten würde dem Geist der Vereinbarung widersprechen. Soll die Vereinbarung erfüllt werden, müsste die SPD-Fraktion darauf hinwirken, dass keine Klage eingereicht wird und die Stadtverordnetenversammlung dem Bürgerbegehren beitrifft oder einen Bürgerentscheid ermöglicht. Eine Klage würde zu einem erheblichen Glaubwürdigkeitsverlust in der Bevölkerung führen. Beide Parteien werden in diesem Konflikt Federn lassen. Deshalb empfiehlt es sich, nach Kompromissen zu suchen.

### **Mögliche Kompromisse**

zusätzlich oder außerhalb des Bürgerbegehrens und des Bürgerentscheids:

#### **1. Faktencheck:**

Der Faktencheck ist ein anderes Wort für ein Mediationsverfahren oder eine Schlichtung wie in Stuttgart. Es ist ein Sonderfall für eine Advokaten- oder Anwaltsplanung. Die Zusammenstellung aller Fakten ist die Voraussetzung für einen Kompromiss! Der Eingabeausschuss der Stadtverordnetenversammlung hat diesen Antrag abgelehnt. Er könnte aber von den Parteien – evtl. modifiziert – wieder aufgegriffen werden.

#### **2. Ebenfalls als Eingabe (Petition) wurde der Vorschlag eingereicht, die Anlage von Windkraftanlagen auf dem Langen Feld zu prüfen. Unter Berücksichtigung eines Abstands von 1 000 Metern zur Wohnbebauung ergibt sich auf der Kuppe des Langen Feldes eine ausreichende Fläche für den Standort von Windkraftanlagen. Dafür braucht es keine gesonderte Erschließung und auch die landwirtschaftliche Nutzung auf diesen so wertvollen Flächen bliebe erhalten. Auch diese Eingabe wurde abgelehnt, könnte aber auch wieder von den Parteien aufgegriffen werden.**

#### **3. Die Erschließung zurückstellen**

Nach ausreichender, öffentlich nachvollziehbarer Prüfung und Kontrolle ist die Erschließung des Langen Feldes erst dann vorzunehmen, wenn das interkommunale Gewerbegebiet Sandershäuser Berg bebaut ist und sich ein großer Betrieb vertraglich gesichert ansiedeln will.

Zur Zeit ist es nicht wahrscheinlich, dass sich ein großer Betrieb ansiedeln will.

### Begründung:

- Für die Erschließung des Langen Feldes fallen erhebliche Kosten an. Schon heute sind allein für die Erschließung nach BauGB über 50 Millionen € ermittelt! Diese Kosten sollten nur dann ausgegeben werden, wenn gesichert ist, dass sie auch wieder eingenommen werden können!
- Die wirtschaftliche Entwicklung wird als unsicher eingeschätzt. Der demographische und klimatische Wandel ist genauso zu berücksichtigen wie die weltwirtschaftliche Situation (die Schwellenländer holen auf und übernehmen immer mehr selbst die Produktion der Güter, die die BRD bisher ausgeführt hat und die ärmeren Länder geraten immer mehr in die Verschuldung).
- In den letzten zwei Jahren hat sich die Einnahmesituation der Stadt positiv entwickelt. Dies ist von den Betrieben und ihren Beschäftigten vor Ort auf den schon jetzt in ihrem Besitz befindlichen Flächen erwirtschaftet worden. Es brauchte dazu keine neuen Flächen!
- Träger von Beschäftigung und Wirtschaftsentwicklung sind in erster Linie kleinere mittelständische Betriebe. Für sie sind ausreichende Flächen in Kassel und Umgebung vorhanden:
  - Unter anderem in Nieder- und Oberzwehren die schon vor Jahren erschlossenen Thielenäcker (hier sind die Erschließungskosten schon vor Jahren vergraben und die Erschließungsanlagen müssen seitdem unterhalten werden!), der von der Bundeswehr aufgegebenen Magazin Hof und Teile der Graf-Haeseler-Kaserne. In der Machbarkeitsstudie sind ohne Bahnanlagen 50 ha Brache und suboptimal genutzte Flächen angegeben.
  - Erhebliche Potentiale des Umlandes (z. B. Sandershäuser Berg und Calden – im Flächennutzungsplan des ZRK insgesamt über 400 ha bei einem Verbrauch von ca. 14 bis 15 ha im Jahresdurchschnitt) können aufgrund interkommunaler Vereinbarung oder besser einer Regionalreform aktiviert werden!

Es besteht also für alle Beteiligten die Möglichkeit, ohne Gesichtsverlust und ohne lange umständliche Verfahren Kompromisse einzugehen. Der Bebauungsplan kann abgebrochen oder auch beschlossen werden, wenn die Erschließung nicht erfolgt. Sollte sich doch entgegen den Erwartungen ein großes kompetentes Unternehmen unter den o. a. Bedingungen ansiedeln wollen, kann kurzfristig das Bebauungsplanverfahren zu Ende geführt und die Erschließung geschaffen werden. Wie schnell das gehen kann, war zu beobachten bei der Erschließung der Flächen für SMA am Sandershäuser Berg.

Die Bürgerinitiative lehnt die Bebauung des Langen Feldes grundsätzlich ab. Das Gespräch mit Herrn Ludwig (HNA) habe ich aufgrund meiner Erfahrung in der Landesplanung, der Stadtplanung und der Gemeinwesenarbeit als Privatperson geführt.

Kassel, 27.12.2011

Albert Pinkvohs